

die Stimmen der CDU, der FDP, der Piraten und des fraktionslosen Abgeordneten Stein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Abstimmung über die **Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes 2014 Drucksachen 16/3800 und 16/4300 und des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2014 Drucksache 16/3802 an den Haushalts- und Finanzausschuss** zur Vorbereitung der dritten Lesung. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag gegen die Stimme des Abgeordneten Jostmeier angenommen. Es hat keine Enthaltungen gegeben.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte noch einen Hinweis geben. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die dritte Lesung der Haushaltsvorlage ist für die Plenarsitzungen am 18. und 19. Dezember 2013 vorgesehen, also kurz vor Weihnachten.

Ich bitte noch einmal um Konzentration. – Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes Drucksache 16/3966. Der Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt in Drucksache 16/4357 – Neudruck –, den Gesetzentwurf Drucksache 16/3966 unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Der **Gesetzentwurf Drucksache 16/3966 ist angenommen**: mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion bei Zustimmung der Piraten und bei Ablehnung des fraktionslosen Abgeordneten Stein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das waren die Abstimmungen, die wir vornehmen mussten.

Ich rufe auf:

2 Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2097

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4494

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Drucksache 16/4370

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Watermann-Krass das Wort.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute Mittag war der Waldbauernverband hier im Haus und hat in einer feierlichen Stunde eine Tanne ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, einen Moment. – Ich bitte um allgemeine Aufmerksamkeit. Die Rede ist zu wichtig, als dass sie im allgemeinen Gemurmel untergeht. Offensichtlich handelt es sich um ein wichtiges Thema, in das ich mich inhaltlich aber nicht einmischen möchte. Deswegen habe ich die herzliche Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt den Plenarsaal verlassen, dies ohne Gespräche zu tun, damit Frau Abgeordnete Watermann-Krass ihre Rede halten kann. – Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Annette Watermann-Krass (SPD): Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gerade ausgeführt, dass es heute Mittag einen feierlichen Akt gab. Vertreter des Waldbauernverbandes waren im Haus und haben eine Tanne übergeben. Es handelt sich um eine zwanzigjährige Nordmantanne aus Nordrhein-Westfalen. Jeder, der essen geht, kann sich dieses stattliche Exemplar ansehen.

Diese Tanne ist eine von 10 Millionen Bäumen in Nordrhein-Westfalen, die jedes Jahr vermarktet werden. Jeder dritte Baum in Deutschland kommt aus Nordrhein-Westfalen. Wie das bei den Plastikbäumen ist, weiß ich nicht. Hier im Haus sind bereits einige leuchtende Exemplare zu sehen. Dazu kann ich jedoch nichts sagen.

In Südwestfalen gibt es 18.000 ha Weihnachtsbaumkulturen, und gut 4.000 ha davon befinden sich im Wald. Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, das ist nicht einmal ein Viertel der Gesamtfläche.

Nach Kyrril ist der Anbau auf den Waldflächen allerdings deutlich angestiegen. Das hatte damit zu tun, dass die Flächen – auch kurzfristig – über 20 Jahre zu verpachten waren. Insofern kann man sagen, dass es in diesem Bereich gerade im Sauerland einen Hype gegeben hat. Und selbst in diesem Jahr, im Jahr 2013, wurden nach unseren Schätzungen weitere 400 ha für den Weihnachtsbaumanbau genutzt. Das hatte auch etwas mit den Windrädern im Wald zu tun.

Nun haben wir das Landesforstgesetz in der bekannten Form eingebracht. Daraus geht hervor, dass Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen im Sinne des Gesetzes kein Wald sind. Aber wir haben mit der Novellierung dieses Gesetzes bereits Ausnahmen deklariert: 2 ha ohne Umwandlungsge-

nehmung. Darüber hinaus gibt eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2028. Das heißt, Bäume, die jetzt gepflanzt sind, können auf jeden Fall noch geerntet werden.

Es hat viele Gespräche gegeben. Sie haben sicher mitbekommen, dass das Gesetz im Februar hier eingebracht worden ist. Ich war auch vor Ort und habe mir die Kulturen angesehen. Es sind Intensivkulturen, und es wird eine intensive Bodenbearbeitung betrieben. Es handelt sich um Monokulturen, es sind Eindrahtungen notwendig, und damit einhergehend kommt es zum Einsatz von Pestiziden und Dünger.

Das ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar.

Darüber, dass es ein so starkes Gegeneinander dieser Menschen gibt, war ich erstaunt. Es gab die Gründung einer Bürgerinitiative.

Die Anbauer haben erkannt, dass dieses Problem dort vorhanden ist. Ich habe schon das Gefühl, dass alleine die Diskussion, die wir geführt haben, auch dazu geführt hat, dass die Einsicht da ist, dass sich etwas ändern muss. Es ist auch die Einsicht gewachsen, dass es eine Überproduktion gibt. Insofern werden wir auch gucken, was nach 2028 dann wirklich an Fläche übrig bleibt.

Wir haben jetzt diesen Änderungsantrag, der vorliegt, eingebracht. Wir betten in dieses Gesetz jetzt die Möglichkeit eines öffentlich-rechtlichen Vertrages. Der Betreiber schließt mit der Forstbehörde einen Vertrag mit Zustimmung des Waldbesitzers über einen umweltverträglichen Anbau über die Zeit ab 2028.

Auch noch ein Wort an Frau Brand – sie hatte mich heute Mittag angesprochen –: Bei den Waldbesitzern reden wir natürlich von den Grundbesitzern, von denen, die diese Flächen vielleicht auch in die Verpachtung geben. Darüber soll es ein Einvernehmen geben.

Dieses wollen wir gerne im Dialog machen. Deswegen haben wir auch diese drei Jahre mit vorgesehen, weil aus den Gesprächen mit den Anbauern klar geworden ist: Sie sind dabei,

(Zuruf von der FDP: Zum Dialog gehören immer zwei Seiten!)

ihre Produktion nach PEFC zertifizieren zu lassen. Das braucht seine Zeit. Es braucht auch eine Zeit, um überhaupt zu gucken: Mit welchen Verbänden soll denn dieser Rahmenvertrag mit auf den Weg gebracht werden?

Ich bin zuversichtlich, dass das gelingt. Insofern habe ich keine Angst, dass wir zukünftig einen nachhaltigen Anbau in der Produktion unserer Bäume bekommen.

Ich kann nur jedem sagen, der noch keinen Baum hat: Kaufen Sie einen Baum aus Nordrhein-Westfalen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Watermann-Krass. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! In knapp vier Wochen ist Weihnachten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

– Ich will nur daran erinnern. Millionen Menschen verbringen den Heiligen Abend und die Weihnachtstage mit ihren Familien. Seit 250 Jahren gehört der frisch geschlagene Weihnachtsbaum ganz selbstverständlich in jedes Wohnzimmer. Wir wollen, dass diese Weihnachtsbaumtradition erhalten bleibt.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Sie wollen das offenbar nicht.

Neun Millionen Weihnachtsbäume stehen in den Wohnungen, Büros und Kaufhäusern in Nordrhein-Westfalen und auch hier im Landtag. Rein rechnerisch findet also jeder der 7 Millionen in Nordrhein-Westfalen erzeugten Weihnachtsbäume einen Abnehmer hier an Rhein und Ruhr, Bäume aus der Region, hier unter kontrollierbaren Bedingungen erzeugt, in einer Qualität, die den heutigen hohen Ansprüchen der Verbraucher gerecht wird, ohne lange Transporte, ganz häufig direkt vom Erzeuger und immer mehr von Familien selbst ausgesucht und im Wald geschlagen.

Wir werden es erleben. Wenn das rot-grüne Weihnachtsbaumverbotsgesetz heute beschlossen wird,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

dann werden schon in wenigen Jahren heimische Nordmantannen, Blaufichten und Nobilis aus Nordrhein-Westfalen ganz schnell knapp und noch schneller für die Verbraucher richtig teuer werden.

Die Bäume, meine Damen und Herren, werden dann von weit her transportiert aus Ländern, in denen wir die Produktionsbedingungen nicht kontrollieren können,

(Zuruf von der SPD: Bayern! – Weiterer Zuruf von der SPD: Kasachstan! – Zuruf von den PIRATEN: Hauptsache nicht Israel!)

in denen die hohen deutschen Umweltstandards nicht gelten. Aber was links und rechts der eigenen Scheuklappen passiert, interessiert Ideologen ja nicht.

Seit Jahrzehnten werden im Sauerland und im Bergischen Land von spezialisierten Forstbetrieben Weihnachtsbäume angebaut. Durch die Naturkatastrophe Kyrill im Jahr 2007 haben Waldbauern in-

nerhalb einer Nacht ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage für Jahrzehnte verloren.

(Zuruf von der SPD: Unsinn!)

Für viele ist der Weihnachtsbaumanbau die einzige Möglichkeit, regelmäßig und schon nach wenigen Jahren wieder Einnahmen zu erzielen.

In der Tat: Frau Watermann-Krass hat eben einige Zahlen genannt. Von insgesamt 18.000 ha Weihnachtsbaumkulturen in Nordrhein-Westfalen befinden sich heute 4.000 im Wald, die Hälfte davon auf Kyrill-Flächen. Das sind übrigens die Flächen, auf denen Sie Windkraft für verträglich halten. 4.000 ha, das sind gerade einmal 0,5 % der Waldfläche in Nordrhein-Westfalen. 0,5 %! Dafür machen Sie, Herr Rimmel – der Kollege ist nicht da –, dafür machen Sie von SPD und Grünen, aber auch Herr Rimmel ein Weihnachtsbaumverbotsgesetz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gibt es eigentlich keine anderen Probleme in Nordrhein-Westfalen?

(Zuruf von der SPD: Das ist eine ganz schwache Rede!)

Mit einer Branchenvereinbarung hatten die Weihnachtsbaumanbauer nichts anderes erbeten als einen Bestandsschutz für ihre Betriebe. Mit der sogenannten 12-Punkte-Vereinbarung hätten sie sofort echte Verbesserungen erreicht, die sofortige Überführung von 10 % der Weihnachtsbaumflächen in höherwertige Waldflächen, Mindestabstände zur Wohnbebauung, die Anlage von Hecken, die Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes und die Erstellung einer PEFC-Zertifizierung, und zwar einvernehmlich, freiwillig und sofort.

Diese Familien und mit ihnen die sechs wichtigsten Berufsverbände der Landbewirtschaftler haben Sie bei den Gesprächen alle hinters Licht geführt.

(Theo Kruse [CDU]: Unglaublich!)

Ohne eine einzige Änderung haben Sie den Gesetzentwurf durchgezogen. So, meine Damen und Herren, geht man nicht mit ehrlichen Waldbauern um.

(Beifall von der CDU)

So geht man übrigens mit niemandem um.

Dass Sie jetzt noch in aller Eile einen Änderungsantrag nachschieben, zeigt ja, wie recht wir mit unserer Kritik haben.

(Zuruf von der SPD: Das habe ich erwartet, dass das jetzt kommt!)

Auch dieser Vorgang zeigt eindrucksvoll Ihr Politikverständnis: von oben herab. Niemand kennt die Inhalte eines solchen Vertrages, aber die Abgeordneten sollen zustimmen. Das kann der Umweltminister vielleicht noch der SPD verkaufen. Die Men-

schen im Sauerland und im Bergischen Land glauben Ihnen sowieso nicht mehr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was ist eigentlich aus der Partei geworden, die einmal angetreten war, mehr Demokratie zu wagen?

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Am Gängelband der Grünen lässt sich die SPD hier durch den Landtag ziehen.

(Zuruf von der SPD: Ganz großes Kino!)

Wir haben doch gehört, mit welcher Lustlosigkeit Frau Watermann-Krass hier vorgetragen hat.

(Beifall von der CDU)

Dieses Gesetz ist eine weitere Etappe auf dem Weg in den rot-grünen Bevormundungsstaat. Sie wollen den Menschen vorschreiben, ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Rainer Deppe (CDU): Ich komme gleich zum Schluss. – Sie wollen den Menschen vorschreiben, wie sie in den Augen der modernen Tugendwächter zu leben haben: Nicht Auto fahren, nicht rauchen, den Veggieday einhalten; und jetzt pünktlich zur Adventszeit ist auch der Weihnachtsbaum dran.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Kollege, Ihre Redezeit!

Rainer Deppe (CDU): Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen einen echten und heimischen Weihnachtsbaum in ihrer Wohnung. SPD und Grüne wollen das nicht.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Kollege, Ihre Redezeit ist weit überschritten.

Rainer Deppe (CDU): Wir stehen auf der Seite derjenigen, die traditionell Weihnachten feiern wollen, und genau deshalb lehnen wir Ihr Weihnachtsbaumverbotsgesetz ab.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Karneval ist später!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Deppe, was Sie da abgeliefert haben, war unglaublich. Dass Sie keiner-

lei Rücksicht auf die Menschen vor Ort nehmen und sich allein vor den Karren der Weihnachtsbaum-anbauer spannen lassen, ist abenteuerlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob die Abgeordneten der CDU eigentlich die Resolution aus dem Hochsauerlandkreis einmal gelesen haben. Wir sind dort aufgefordert worden, umgehend die gesetzliche Grundlage zu verändern. Die dortigen Abgeordneten bzw. die Mitglieder des Kreistages haben gewusst, was sie tun, als sie diese Resolution verabschiedeten. Die haben sich die Probleme vor Ort angeschaut.

(Widerspruch von der CDU)

Sie dagegen ignorieren die Probleme. Sie wollen sie nicht wahrhaben.

An dieser Stelle will ich Ihnen eines deutlich sagen: Die Verursacher der von uns vollzogenen Gesetzesänderung sind die Weihnachtsbaum-anbauer, die über jedes Maß hinausgegangen sind.

(Zuruf von der CDU: Welche denn? Wie viele denn?)

– Wie viele? – Es geht um die Fläche.

(Zuruf von der CDU: Wie viele sind es denn?)

– Wie viele es sind, wissen Sie doch. Es sind 600. Herr Deppe hat doch gesagt, die würden alle dadurch ruiniert, was natürlich völliger Blödsinn ist, weil es an der Stelle nur um ein Viertel der Fläche geht

Dann will ich mit Ihnen auch noch einmal über die Mär der Kyrill-Flächen reden. Diesbezüglich können Sie auch noch einmal in die Resolution hineinschauen. Es geht doch längst nicht mehr nur um Kyrill-Flächen. Ich zitiere aus der Resolution:

Neben den Kyrill-Flächen werden zunehmend aktiv Fichtenbestände geschlagen und als Weihnachtsbaumkulturen wieder bestockt, dies insbesondere von Großbetrieben.

Da sind Sie genau bei denen, die Sie gerade meinten, bei den drei, vier ganz Großen, die dort Hunderte von Hektar Weihnachtsbaumkulturen bewirtschaften.

Jetzt komme ich zu einer ganz anderen Sache. Das Ganze ist kein Konflikt zwischen Weihnachtsbaum-anbauern und der „Bürgerinitiative giftfreies Sauerland“. Ich habe in den letzten Wochen etliche Anrufe, E-Mails und sogar Briefe von anderen Menschen bekommen. Es gibt eine Pensionsbetreiberin dort in der Region, die eine kleine Gaststätte hat. Sie schrieb: Lieber Herr Rüsse, bitte sorgen Sie dafür, dass dieses Gesetz umgehend durchgesetzt wird. Meine Pension leidet darunter. – Diese Menschen äußern sich nicht gerne so ganz laut.

Dann gibt es noch eine Menge Waldbauern, die keine Weihnachtsbaumkulturen haben, aber aus ihrem Waldbauernverständnis heraus sagen: Was dort im Wald passiert, ist nicht in Ordnung. Bitte, macht dieses Gesetz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Weiter gibt es die Gruppe derjenigen, die eben nicht mit Hunderten von Hektar Weihnachtsbaumkultur betreiben, sondern das in kleinem Umfang machen und sich bemühen, umweltverträglich zu wirtschaften. Die sagen: Bitte, macht dieses Gesetz, weil uns die großen Anbauer völlig kaputt konkurrieren.

Es gibt noch eine Gruppe: Ich bin – ich fand das ganz spannend – sogar von zwei älteren Ehepaaren aus dieser Gruppe, die – wie ich – aus dem Münsterland kommen, angesprochen worden. Sie sagten: Wir haben da immer Urlaub gemacht. Eigentlich war es immer schön. Wir sind immer gerne dort hingefahren, aber jetzt nicht mehr. Man weiß nicht einmal mehr, wie man durch diese Kulturen hindurchlaufen soll, weil da überall Zäune sind. Man kommt da nicht durch.

(Zurufe von der CDU)

Fazit ist: Es geht an dieser Stelle um die Interessen vieler verschiedener Gruppen von Menschen und nicht nur um die Interessen von Weihnachtsbaum-anbauern. Vor allem geht es auch – das blenden Sie völlig aus – um die ökologischen Belange.

Um das Ganze endlich in den Griff zu bekommen, reicht eine freiwillige Vereinbarung, die Sie hier immer wieder predigen, bei Weitem nicht aus. Sie haben gerade gesagt, die Anbauer würden uns 10 % der Flächen zur Verfügung stellen. Das stimmt doch gar nicht. In der Vereinbarung – die hätten Sie einmal lesen sollen – war das für die drei großen Betriebe vorgesehen. Die anderen sollten viel weniger zur Verfügung stellen. Insgesamt war eine Fläche von 400 ha angedacht, die sie bei insgesamt 18.000 ha zur Verfügung stellen wollten. – Das ist der Punkt, um den es ging. Es ging nicht nur um die Waldflächen.

Herr Deppe, Frau Watermann-Krass und ich haben viele Gespräche geführt.

Mit diesem Gesetzentwurf sind wir den Anbauern sehr weit entgegengekommen: Wir haben eine Übergangszeit eingebaut, die sehr weitreichend ist. Damit wird den Anbauern so weit entgegengekommen, dass sie sich verlässlich auf diese Änderung einstellen können. Wir haben die Zwei-Hektar-Kleinerzeueregulation eingeführt, und wir haben den Anbau unter Stromtrassen jetzt freigegeben. Das kritisieren Sie.

Jetzt kommen wir mit unserem Änderungsantrag den Anbauern noch einmal entgegen und sagen: Unter bestimmten Voraussetzungen sind wir bereit, euch von diesen 4.000 ha Waldflächen einen bestimmten Anteil zu geben, wenn ihr dort die Weih-

nachtsbäume so anbaut, dass es einem Wald gerecht wird.

Fazit ist, dass wir mit diesem Gesetz eine Gesetzeslücke schließen, die es in anderen Bundesländern gar nicht gibt. Von daher gehen wir hier keinen Sonderweg, sondern schließen uns den anderen Ländern an.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Norwich Rüße (GRÜNE): Wir beenden damit eine Ausnahmestellung Nordrhein-Westfalens, und wir sorgen damit ein Stück weit für Frieden in den Orten. Eines sage ich Ihnen: Ohne den Druck dieses Gesetzesvorhabens – das sage ich Ihnen – wären die Anbauer niemals gesprächsbereit gewesen. Wir haben Bewegung in die Sache gebracht. Sie hätten das Problem auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die FDP-Fraktion spricht der Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die nahende Adventszeit ist die Zeit der Weihnachtsbäume; das ist gerade schon angesprochen worden. In den Fußgängerzonen unserer Städte und Gemeinden, vor dem Landtag, im Landtag und vor allem zu Hause werden die Weihnachtsbäume dieser Tage aufgestellt. Nur an einem Ort soll es nach dem Willen von SPD und Grünen zukünftig Weihnachtsbäume nicht mehr geben. Es wäre witzig, wenn es für viele Menschen nicht so ernst wäre. Dieser eine Ort, wo es keine Weihnachtsbäume mehr geben soll, ist der Wald.

(Ministerin Barbara Steffens: Das ist doch Quatsch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem Beratungsverfahren gilt ja: Gesetze sind wie Würste! Man sollte besser nicht dabei sein, wenn sie gemacht werden!

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Dieses Sprichwort wird oft bemüht, vielleicht manchmal auch überstrapaziert. Aber selten passte dieses Sprichwort so gut zu einem Gesetzentwurf wie zu diesem rot-grünen. Das belegt der gesamte Beratungsvorgang. Erneut unterstrichen haben Sie das mit dem kurz vor Toresschluss eingereichten Änderungsantrag.

Die Sachverständigenanhörung im März hätte Sie eigentlich eines Besseren belehren müssen. Herr Rüße, Sie haben gerade so viele Leute genannt, die

Ihnen angeblich so dankbar dafür sind, dass dieses Gesetz kommt. Komischerweise hat es keiner von denen zur Anhörung geschafft. Ich weiß gar nicht, wo die alle waren.

(Beifall von der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]: Das waren keine Verbände!)

– Herr Rüße, Sie sagen, das waren keine Verbände. Aber es werden durchaus auch Einzelpersonen zu Anhörungen eingeladen. Sie müssen nur benannt werden und natürlich auch existieren; das ist die Voraussetzung.

(Beifall von der FDP)

Die Betriebe haben sich mit ihren Zugeständnissen und Selbstverpflichtungen in den letzten Monaten um eine verträgliche Lösung bemüht. Sie können durchaus sagen: Damit waren wir noch nicht einverstanden, da hätte noch mehr kommen müssen. – Vielleicht! Aber diese Bemühungen werden jetzt von Ihnen mit einem Federstrich abgewiesen, und der vielbeschworene Dialog wurde einseitig abgebrochen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Watermann-Krass zulassen?

Henning Höne (FDP): Bitte sehr.

Annette Watermann-Krass (SPD): Herr Höne, auch ich bin bei der Anhörung gewesen. Können Sie sich daran erinnern, dass ich auf eine Frage hin eine Antwort von jemandem aus dem Thünen-Institut bekommen habe, dass nach deren Einschätzung die Bodenerosionen 30 % der Flächen im Wald betreffen?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Ich will nicht ausschließen, dass es eine solche Äußerung gab. Aber wollen Sie nicht zugeben, dass es auch ohne Ende Äußerungen gab, dass wir es mit einem regionalen Problem zu tun haben und Sie mit Kanonen auf Spatzen schießen, dass wir zwar vorangehen müssen, aber das auch im Dialog machen können?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihr Ansatz – Herr Kollege Rüße hat es gerade ganz klar gezeigt – folgt dem Motto: Ohne den Gesetzesdruck wäre nichts passiert. – Vielleicht muss man einfach mal auf die Leute zugehen und sich ein oder zwei Tage mehr Zeit geben. Vielleicht lag es ja auch an Ihnen, dass wir noch nicht zu einer Lösung gekommen sind. Sie müssen doch nicht immer direkt mit der Gesetzeskeule schwingen!

SPD und Grüne zeigen mit diesem einseitig abgebrochenen Dialog schon einen spannenden Umgang mit den Menschen in diesem Land, die oft schon seit vielen Generationen im Familienbetrieb einer harten Arbeit nachgehen.

Heute ist bereits ersten Pressemeldungen zu entnehmen – Herr Hennecke vom Gartenbauverband hat das ganz klar und ganz kurz zusammengefasst –: Dieses Gesetz ist eine Katastrophe. Damit werden unsere Existenzen vor die Wand gefahren. – Viel deutlicher kann das an dieser Stelle doch eigentlich gar nicht sein.

Auch der Sache wird die Gesetzesänderung nicht gerecht. Die Ausnahmeregelung ist völlig willkürlich. Künftig darf jeder Waldeigentümer 2 ha mit Weihnachtsbäumen bepflanzen. Diese Willkür wird aber doch der Realität der Waldbewirtschaftung nicht gerecht, denn sie orientiert sich ja an Eigentums Grenzen. Jetzt heißt es also: Wer zuerst kommt, malt zuerst! – Damit provozieren Sie doch geradezu Nachbarschaftsstreitigkeiten. Dabei sollten doch eigentlich und angeblich ökologische Gründe im Vordergrund dieses Gesetzes stehen.

Frau Watermann-Krass, Sie haben im Ausschuss zumindest versucht, diese Regelung zu verteidigen. Sie sagten, die Zwei-Hektar-Regelung sei an mögliche Kahlschlagflächen im Wald angelehnt. Guckt man sich das genauer an, sieht man aber den Unterschied: Die Erlaubnis, die sich auf 2 ha Kahlschlagflächen bezieht, orientiert sich nicht an Eigentums Grenzen, sondern an zusammenhängenden Waldflächen. Das bedeutet schon einen sehr, sehr großen qualitativen Unterschied. Hätten Sie sich daran orientiert, hätten Sie sich viel Flickschusterei ersparen können.

Jetzt kommen Sie auch noch mit einem Änderungsantrag daher, in der Hoffnung, kurz vor Schluss vielleicht noch ein oder zwei der größeren Fehler korrigieren zu können.

Der Bestandsschutz für bestehende Flächen wird verlängert, wenn der Betreiber einen entsprechenden Vertrag mit der Behörde schließt. Wie die Bedingungen aussehen, das verraten Sie allerdings noch nicht. Sie bieten die Katze im Sack jetzt also nicht nur an, wie wir es schon im Ausschuss kritisiert haben, sondern Sie zwingen den Betrieben, wenn sie langfristig überleben wollen, die Katze im Sack de facto sogar auf. Ihre Änderung sieht am Ende einen Knebelvertrag vor, durch den die Waldeigentümer vom Wohlwollen der Behörde abhängig sein werden. Denn wann ein Kündigungsgrund vorliegt, dazu schweigen Sie an dieser Stelle.

Welche Auswirkungen hätte eigentlich eine solche Kündigung? Über Nacht sind dann ja möglicherweise Tannenbäume Fremdkörper im Wald und obendrein illegal. Was soll dann die Konsequenz sein? Wollen Sie die Stelle kahlschlagen lassen? Das kann dem Wald in der Situation auch nicht hel-

fen und zerstört gleichzeitig die wirtschaftliche Lebensgrundlage der Waldeigentümer und Waldbauern. Das ist – vorsichtig gesagt – ein komisches Verständnis von Eigentumsschutz.

Mit oder ohne Änderungsantrag: Sie schießen hier mit Kanonen auf Spatzen, auf ein zugegebenermaßen bestehendes Problem, das aber regional eingegrenzt ist. Sie brechen Dialoge einseitig ab und schwingen mit der Gesetzeskeule, weil Sie sich nicht die Arbeit machen wollen, einen längeren Dialog aufzunehmen.

Insofern, Frau Watermann-Krass, komme ich auf Sie zurück: Kaufen Sie einen Baum, einen Baum aus NRW, zumindest – das darf ich ergänzen – solange es diese in Nordrhein-Westfalen noch gibt! – Diesen Antrag werden wir ablehnen.

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU – Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die Fraktion der Piraten spricht Frau Brand.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Wenn ich mir die Redebeiträge von CDU und FDP anhöre und die begleitenden Pressemitteilungen lese – SPD und Grüne beenden Weihnachtsbaum-Tradition –, dann habe ich ein Déjà-vu-Erlebnis, denke an Dezember letzten Jahres und kann eigentlich nur noch sagen: Oh weh!

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Besser: O Tannenbaum!)

Ich werde jetzt nicht noch einmal alle Argumente bringen, die bereits mannigfaltig diskutiert worden sind – sowohl im Plenum als auch im Ausschuss und in den Anhörungen. In großen Teilen schließe ich mich den Aussagen an, die Norwich Rüsse gerade gemacht hat –

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist aber traurig!)

allerdings mit einer Ausnahme. Es geht um den Änderungsantrag.

Ja, Frau Watermann-Krass, wir haben schon heute Vormittag bei der Begegnung mit den Waldbauern darüber gesprochen. Ich verstehe auch, dass Ihre Intention bei dem Änderungsantrag ist, die Definitionen von „Waldbesitzer“ und „Waldeigentümer“ gleichzusetzen.

Von der Definition her ist ein Waldbesitzer aber entweder der Waldeigentümer – oder der Nutzungsberechtigte mit unmittelbarem Besitz; und das sind eben auch Leute, die mieten, leihen oder pachten. Selbst wenn Sie sagen: „Wir halten fest, dass

wir die Eigentümer meinen“, können damit auch Pächter gemeint sein, wenn das bei Annahme des Änderungsantrags so im Gesetz steht. Diese Sachlage ist uns einfach zu gefährlich; denn das ist eben nicht schriftlich fixiert. Bei dieser Meinung bleibe ich, auch wenn ich Ihren Aussagen selbstverständlich folgen kann.

Des Weiteren steht im Änderungsantrag das Wort „umweltverträglichen“. Es soll später einmal festgesetzt werden, was umweltverträglich ist. An dieser Stelle ist uns auch nicht konkret genug festgelegt, was da letztendlich festgestellt wird. Ich denke mit Grauen an die Fair-Forest-Vereinbarung, die seinerzeit getroffen wurde. Das war ganz weit weg von umweltverträglich. Darüber brauchen wir gar nicht zu reden.

Wir freuen uns natürlich über das Landesforstgesetz. Wir werden zwar dem Änderungsantrag in dieser Form nicht zustimmen können, werden aber dem Gesetz insgesamt zustimmen wollen.

Wie sieht es für die Zukunft aus? Ich bin mir ganz sicher, dass auch weiterhin deutsche Weihnachtsbäume in deutschen Wohnzimmern stehen werden. Da bin ich ganz optimistisch.

Über einen Punkt müssen wir in den nächsten Monaten aber noch einmal nachdenken und dort etwas tun. Das hat sich auch aus dem Gespräch mit den Waldbauern heute Morgen ergeben. Für konkrete Problemlagen wie in Bestwig müssen wir noch an das Gesetz herangehen, und zwar zum Beispiel in Bezug auf den Abstand von Wohngebieten. Schließlich besteht dort die Problematik, dass die Kinder nicht auf der Straße spielen können, wenn Pestizide gestreut werden. Daher muss man über Abstandsregelungen und Ähnliches noch einmal reden.

(Zuruf von der CDU: Leute, Leute!)

Solche Dinge sind ja noch nicht im Gesetz enthalten. Auch da ist aber mein Angebot an CDU und FDP, dass wir uns noch mal mit den Waldbauern zusammensetzen und uns bemühen, zu einer einvernehmlichen, guten Lösung zu kommen.

An dieser Stelle müssen wir also noch etwas tun. Ansonsten ist das Gesetz gut. Der Änderungsantrag ist nicht gut. Ich werde meiner Fraktion ein entsprechendes Abstimmungsverhalten empfehlen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Steffens in Vertretung für Herrn Minister Rimmel.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin!

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung verfolgt das Ziel – das wissen Sie genau –, die Wälder in Nordrhein-Westfalen naturnah zu bewirtschaften. Das heißt, dass die Balance zwischen den ökologischen, sozialen und ökonomischen Interessen im Kern unserer Forstpolitik steht und dass diese Balance auch gewahrt sein muss.

Die rot-grüne Landesregierung ist angetreten, um das auch wirklich umzusetzen, vor allen Dingen, um Fehlentwicklungen, die unter der Vorgängerregierung aufgetreten sind, entgegenzutreten und sie zu korrigieren.

Eine dieser Fehlentwicklungen – auch das wissen Sie – ist der großflächige und ungesteuerte Betrieb von Weihnachtsbaumkulturen auf Waldflächen. Infolge von „Kyrill“ hat sich – das war mit Sicherheit auch für die Waldbauern und -bäuerinnen ein wichtiger Schritt – die Fläche der im Wald angelegten Weihnachtsbaumkulturen auf rund 4.500 ha mehr als verdoppelt.

Wenn ich hier von dem einen oder anderen Redner höre, die in diesem Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen für die Waldbauern würden zu einem Untergang des Weihnachtsbaumes führen, frage ich mich schon, wieso wir denn auch vor „Kyrill“ überall in Nordrhein-Westfalen nordrhein-westfälische Bäume erhalten konnten.

Alein im letzten Jahr sind ca. 400 ha neue Weihnachtsbaumkulturen im Wald angelegt worden. Das ist doch eine erhebliche Größenordnung. Diese unerfreuliche und waldschädliche Entwicklung muss endlich gestoppt werden. Es ist Zeit zum Handeln.

Herr Höne, Sie haben eben gesagt, es sei die Zeit des Dialogs; man müsse den Dialog fortsetzen. Ein Jahr lang ist der Dialog mit den Waldbauern geführt worden. Daher stehen wir nicht am Anfang des Dialogs. Irgendwann ist bei einem Dialog aber vielleicht festzustellen, dass es keine Bewegung gibt. Dann muss man andere Schritte gehen, um den Dialog vielleicht in anderer Form neu aufzunehmen.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbreche. Der Kollege Kruse würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Gerne.

Theo Kruse (CDU): Frau Ministerin, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich denke, Südwestfalen ist Ihnen nicht unbekannt. Sie wissen, dass wir einerseits eine außerordentlich starke Industrieregion und andererseits eine außerordentlich walddreiche Region sind. Eingangs haben Sie davon gesprochen, dass das Ziel Ihrer Politik ist, für eine ökologische Balance zu sorgen. Ich

möchte Sie daran erinnern, dass in den letzten Jahrhunderten ca. 80 % der Waldbesitzer – denn 80 % des Waldes sind in privatem Besitz – generationenübergreifend für diese Balance gesorgt haben.

(Ministerin Barbara Steffens: Genau!)

Ist Ihnen bekannt, dass mit diesem Forstgesetz im wahrsten Sinne des Wortes die Axt an Dutzende kleine Waldbesitzer gelegt wird? Diese Betreiber von Weihnachtsbaumkulturen werden nach der Verabschiedung im kommenden Jahr ihre Existenz verlieren. Ist Ihnen das bekannt? Drei Kollegen aus Südwestfalen haben sich in der letzten Woche davon noch mal ein Bild gemacht.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Kruse, herzlichen Dank für die Frage. Sie wissen, dass ich meinen Kollegen Fachminister vertrete. Trotzdem werde ich Ihnen gerne darauf antworten.

Ja, ich kenne diese Region sehr gut. Ich weiß auch, welche Dimension diese Region gerade für den Tourismus hat und wie wichtig der Wald für die Menschen ist. Deswegen brauchen wir an dieser Stelle einen wirklichen Wald.

Sie wissen auch – darauf wäre ich gleich auch noch eingegangen –, dass genau die kleinen Waldbauern, die Sie meinen, nicht gefährdet sind. Diese kleinen Familienunternehmen sind überhaupt nicht betroffen, weil die 2-ha-Grenze sie ausschließt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Zweiten: Sie wissen genau, dass diejenigen, die nach „Kyrill“ Verträge zur Rettung abgeschlossen haben, gerade durch die 15-jährige Übergangsfrist, die sehr lang ist, nicht gefährdet sind.

Zum Dritten – auch darauf gehe ich gerne noch mal ein – gibt es den Änderungsantrag, der im Übrigen nicht überraschend für Sie kam – das hat mich eben gewundert –, sondern er ist von Frau Watermann-Krass angekündigt worden und darüber ist vorher auch schon diskutiert worden, er hat nur vorher nicht vorgelegen. In diesem Änderungsantrag wird klar gesagt, dass die zwei bzw. jetzt drei Jahre ein Prozess sind, in dem man für die Balance gemeinsam Verträge aushandeln kann. Dadurch besteht überhaupt keine Gefährdung.

Ich verstehe nicht, dass Sie der Bevölkerung nordrhein-westfälische Tannenbäume madig machen wollen. Wenn Sie den Menschen heute erzählen, diese Bäume seien gefährdet, kaufen sie demnächst vielleicht andere.

(Beifall von der SPD)

In Nordrhein-Westfalen ist kein Baum gefährdet. Das Einzige, was gefährdet ist, wenn dieses Gesetz nicht kommt, ist unser Wald. Es geht dabei auch um das Miteinander in der Gesellschaft.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Meine Güte!)

Die Ökologie und der Tourismus im ländlichen Raum, auch was den Erholungswert angeht, scheinen für Sie keinen Wert mehr zu haben. Uns ist das aber auch an Weihnachten wichtig.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich möchte Ihnen noch mal klar sagen: Wir wollen den Weihnachtsbaum in Nordrhein-Westfalen, wir wollen ihn auch im Wald, aber harmonisch im Einklang. Die heute vorhandenen Weihnachtsbaumkulturen sind keine nachhaltige Forstwirtschaft, sondern eine Monokultur – die Vorredner und Vorrednerinnen haben es eben gesagt – mit Zäunen und vor allen Dingen mit dem Einsatz von Chemie. Das ist das Gegenteil des Waldes, den Sie für die letzten 100 Jahre als wesentlich und wichtig für Nordrhein-Westfalen beschrieben haben.

Nach „Kyrill“ waren eigentlich eine Vor- und eine Zwischennutzung vorgesehen. Das ist in vielen Fällen aber nicht mehr so, ansonsten wären ja diejenigen, die bis 2028 Bestandsschutz haben, also 20 volle Produktionsjahre nach „Kyrill“ anbauen können, zufrieden mit der Lösung, die jetzt im Raum steht.

Meine Damen und Herren, klar ist: Wir wollen den Weihnachtsbaum, wir wollen Schmuckgrünkulturen. Aber das ist kein Wald. Das soll künftig genau so geregelt werden, deswegen dieser Gesetzentwurf.

Der nächste wichtige Punkt ist – das hat auch Frau Watermann-Krass eben gesagt –, dass der Boden besser vor Erosionen und Verdichtungen geschützt werden muss. – Ich habe mir die Bilder dazu angeguckt; denn wenn ich meinen Kollegen vertrete, finde ich es immer schön, wenn ich weiß, worüber ich rede. – Das ist für unseren Wald und für unsere Landschaft so nicht hinnehmbar. Daher müssen wir hier gegensteuern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben angemahnt, dass das für viele ein riesiges Problem sei. Die Mehrzahl der Waldbäuerinnen und Waldbauern hat aber eine geringere Fläche als 2 ha. Circa 75 % sind von diesem Gesetz überhaupt nicht berührt, brauchen also auch keine Verträge. Deswegen ist die Aufregung an dieser Stelle völlig unverhältnismäßig und überzogen.

Bei gutem Willen kann innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre ein Verfahren, ein anerkanntes Zertifikat für umweltverträgliche Weihnachtsbäume und einen umweltverträglichen Schmuckgrünanbau gefunden werden. Darauf kommt es jetzt an. Ich glaube, dass der Nachweis, das Zertifikat gut gelingen kann.

Letzter Punkt: Hier wird das Bild an die Wand gemalt, dass der Waldbauer über Nacht sein Recht

verliert. Dazu sage ich: Nein. Wenn es einen Vertrag gibt, wird es nur dann ein Verlust, wenn sich jemand nicht daran hält. Alle, die in einer solchen Vertragsgestaltung positiv nach vorne gehen, sind überhaupt nicht in Gefahr. Das heißt, der Weihnachtsbaum ist für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft sicher.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache **16/4494** ab. Wer möchte ihm zustimmen? – Das sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – FDP, CDU, Piraten, der fraktionslose Abgeordnete Stein. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Änderungsantrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Gesetzentwurf Drucksache 16/2097**. Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in Drucksache 16/4370, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wir stimmen deshalb ab über den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen. Wer möchte unter diesen Umständen zustimmen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die Piraten. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, der fraktionslose Abgeordnete Stein. Möchte sich jemand enthalten? – Ein Pirat enthält sich. Damit ist der Gesetzentwurf mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **in zweiter Lesung angenommen** und verabschiedet.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

3 Sprachliche Bildung geschieht im Alltag – Sprachförderung im Elementarbereich neu ausrichten

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4426

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4499

Ich weise darauf hin, dass sich die Fraktionen zwischenzeitlich einstimmig darauf verständigt haben,

die Redezeiten von Block II auf Block I zu verkürzen.

Damit eröffne ich die Aussprache und erteile Frau Kollegin Hack für die SPD-Fraktion das Wort.

Ingrid Hack (SPD): Frau Präsidentin! Liebe verbliebene Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier zum wiederholten Male über das Thema „Sprachförderung im Elementarbereich“. Mit unserem in Rede stehenden Antrag setzen wir eine Aufgabenstellung unserer Koalitionsvereinbarung und – daran will ich sehr gerne erinnern; ich glaube, das überrascht jetzt niemanden – eine Handlungsempfehlung der Enquetekommission „Chancen für Kinder“ um, auch wenn deren Veröffentlichung nun schon fünf Jahre zurückliegt.

Zuletzt im Mai 2009 im Plenum und bei einer Anhörung im Januar 2010 setzten wir uns mit den Anforderungen an gelingende Sprachförderung auseinander und nahmen die Ausführungen zahlreicher Sachverständiger zu den von Beginn des Verfahrens an kritisierten Defiziten und Fehlanreizen von Delfin 4 – ich will es in Gänze mit dieser Überschrift bezeichnen – zur Kenntnis.

Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, stützten unsere gemeinsamen Erkenntnisse mit Ihrer Großen Anfrage im Sommer dieses Jahres. Ein Ergebnis unter anderen war – und daran müssen wir aus unserer Sicht arbeiten –: Es besteht Handlungs-, es besteht Veränderungsbedarf. Sechs Jahre nach seiner Einführung erntet das Verfahren nach wie vor Kritik hinsichtlich seiner Bestandteile und seiner Folgen für die Kinder, für die beteiligten Fachkräfte und auch im Hinblick auf die Wirksamkeit des Mitteleinsatzes.

Umso unverständlicher ist uns deshalb, wenn Sie, Herr Kollege Tenhumberg, unseren Plan, diesem Handlungsbedarf endlich nachzukommen – nach wohlgeerntet mehreren Jahren Diskussion und Anhörungen – nun als – ich zitiere – „übereilten Schnellschuss“ bezeichnen.

Es erstaunt auch, wenn Sie uns mit Blick auf die Bund-Länder-Initiative BiSS – Bildung durch Sprache und Schrift –, die 2018 ihre Ergebnisse vorlegen wird, vorwerfen, es sei kontraproduktiv und falsch, wenn wir jetzt mit eigenen Maßnahmen in NRW voreilig vorgreifen – wie Sie das nennen –, während Ihre Kollegin Frau Scharrenbach am 1. September 2013 in der „Welt am Sonntag“ sagt, es sei fatal, dass die Landesregierung meine, sie könne nun bis zu diesen Ergebnissen im Jahre 2018 warten. Dazu habe ich die herzliche Bitte, dass Sie sich erst einmal in Ihrer Fraktion einigen, wie Sie zu solchen Entwicklungen stehen, bevor Sie sich dazu äußern.

(Beifall von der SPD)